

Kommerzielle Nutzung menschlicher Embryonen?

Nach Klage von Greenpeace entscheiden Bundesgerichtshof und der Europäische Gerichtshof über ein Patent auf embryonale Stammzellen

Im August 1999 genehmigte das Deutsche Patentamt in München einen Antrag des Stammzellenforschers Oliver Brüstle auf die wirtschaftliche Nutzung von Zellen aus geklonten menschlichen Embryonen (DE 19756864 C1). Greenpeace klagte 2004 aus ethischen Gründen gegen dieses Patent vor dem Bundespatentgericht und bekam 2006 in wesentlichen Punkten Recht. Demnach verstoße das Patent, so wie es erteilt worden sei, gegen das Verbot der kommerziellen Verwertung menschlicher Embryonen.

Der Patentinhaber legte gegen diese Entscheidung wiederum Beschwerde beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe (BGH) ein. Im November 2009 verwies der BGH den Fall vorerst an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, damit dieser über grundlegende Rechtsfragen entscheide. Im Oktober 2011 entschied der EuGH dann, dass keine Patente auf menschliche embryonale Stammzellen erteilt werden dürfen, wenn für deren Herstellung menschliche Embryonen zerstört worden seien. Nun muss der Bundesgerichtshof entscheiden, ob das Patent von Oliver Brüstle widerrufen wird.

1996 hatte die schottische Firma PPL den Zellkern einer Euterzelle von einem Schaf in eine unbefruchtete Eizelle eingepflanzt. Das Ergebnis: Klonschaf Dolly. Genau dieses Verfahren soll nach dem Wortlaut des Patentbeschlusses von Oliver Brüstle auch beim Menschen angewendet werden, um Embryonen herzustellen und aus diesen dann

embryonale Stammzellen zu gewinnen. Aus den Stammzellen sollen dann spezielle Gehirnzellen gezüchtet werden.

Oliver Brüstle von der Universität Bonn ist einer von Deutschlands bekanntesten Stammzellforschern. 1997 hat Oliver Brüstle beim Deutschen Patent- und Markenamt sein Patent auf ein Verfahren zur Herstellung von Stammzellen angemeldet: „Neurale Vorläuferzellen, Verfahren zu ihrer Herstellung und ihre Verwendung zur Therapie von neuralen Defekten“, ist der Titel seines Patentbeschlusses. 1998 reichte er das Patent auch beim Europäischen Patentamt ein. Dort ist das Patent unter der Nummer EP 1040185 registriert, 2006 wurde es erteilt. Dabei wurden einige besonders strittige Ansprüche, die das Klonen menschlicher Embryonen betreffen, gestrichen.

Embryonale Stammzellen – eine Wunderwaffe?

Brüstle gelang es, aus embryonalen Stammzellen von Ratten Gehirnzellen zu züchten. Dieses Verfahren will er beim Menschen einsetzen, um Krankheiten wie Alzheimer, Multiple Sklerose und Querschnittslähmungen zu heilen. Viele Forscher sind der Auffassung, dass andere Wege gefunden werden können, die ethisch weniger bedenklich sind. Stammzellen sind Zellen, die verschiedene Funktionen im Körper übernehmen können. Solche Alleskönner findet man in Embryonen, aber auch im Blut und im Gewebe erwachsener Personen. Um die embryonalen Stammzellen zu gewinnen, die Brüstle als Rohstoff für die Züchtung sei-

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

GREENPEACE

Greenpeace e.V. Pressestelle T 040.3 06 18 - 340, F 040.3 06 18 - 130, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de

Anschrift Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg

Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19 - 20, 10117 Berlin, T 030.30 88 99 - 0, F 030.30 88 99 - 30

ner neuronalen Zellen benötigt, werden die Embryonen zwangsläufig zerstört.

Was wurde patentiert?

In Brüstles Patentschrift wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er menschliche Embryonen klonen will – beispielsweise nach dem Verfahren, mit dem Klonschaf Dolly erzeugt wurde:

„Da die Erzeugung von Embryonen durch Transplantation von aus differenzierten Zellen gewonnen Zellkernen in unbefruchtete Eizellen bereits an großen Säugetieren wie dem Schaf gezeigt wurde, ist dieses Verfahren auch bei menschlichen Zellen durchführbar.“¹

Auch die Ansprüche von Brüstle verweisen ausdrücklich auf das Dolly-Verfahren, bei dem aus einer Eizelle („Oozyte“) der Zellkern entfernt und danach ein Kern aus einer anderen Zelle eingesetzt wird („Kerntransplantation“). Aus den heranwachsenden Embryonen werden dann die gewünschten Stammzellen entnommen.

Anspruch 5: „Zellen (...), wobei die embryonalen Stammzellen aus Oocyten nach einer Kerntransplantation erhalten worden sind.“

Die Patentansprüche schließen den Menschen mit ein. Anspruch 8 lautet: „Zellen (...), wobei die Vorläuferzelle aus der Gruppe umfassend Maus, Ratte, Hamster, Schwein, Rind, Primaten oder Mensch isoliert ist.“

Die Entscheidung des Bundespatentgerichtes

Das Deutsche Bundespatentgericht widerrief in seiner Entscheidung vom 5.12. 2006 (AZ: 3 Ni 42/04) das Patent, insoweit es „Zellen umfasst, die aus embryonalen Stammzellen von menschlichen Embryonen gewonnen werden.“² Betroffen vom

Widerruf sind auch Ansprüche, die entsprechende Verfahren wie „die Herstellung von Zellen umfassen, die aus embryonalen Stammzellen von menschlichen Embryonen gewonnen werden.“ Damit wurde der Klage in wesentlichen Punkten statt gegeben. Eine entsprechende Grundsatzentscheidung hat in einem ähnlichen Fall auch das Europäische Patentamt in höchster Instanz getroffen (G2/06).³ Demnach verstoßen Patente gegen das Verbot der Kommerzialisierung menschlicher Embryonen, wenn für ihre Durchführung die Zerstörung menschlicher Embryonen notwendig ist.

Der Patentinhaber Oliver Brüstle legte gegen die Entscheidung des Bundespatentgerichtes Beschwerde ein. Seiner Ansicht nach darf das Patent nicht eingeschränkt werden, weil es die Zerstörung menschlicher Embryonen nicht unmittelbar mit einschließt, sondern diese nur voraussetzt.

Die Verhandlung am Bundesgerichtshof

Der Bundesgerichtshof beriet am 12.11.2009 über das Patent von Oliver Brüstle, fällte aber keine Entscheidung. Statt dessen legte er dem EuGH verschiedene Fragen darüber vor, wie die EU-Patentrichtlinie 98/44 interpretiert werden sollte. Diese Richtlinie erlaubt unter anderem Patente auf Teile des menschlichen Körpers, verbietet aber Patente, die sich auf die industrielle Nutzung und das Klonen von Embryonen erstrecken. Die Verbote sind aber zum Teil nicht eindeutig – ein Mangel, auf den auch Greenpeace mehrfach hingewiesen hat. Die in der Richtlinie formulierten ethischen Grenzen sind oft so unklar formuliert, dass die Patentämter einen zu großen Spielraum bei ihrer Auslegung haben.

¹ siehe Seite 7 der Patentschrift

² Urteil des Bundespatentgerichtes
<http://juris.bundespatentgericht.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bpatg&Art=en&Da->

tum=2006&Seite=3&nr=1909&pos=96&anz=1651&Blank=1.pdf

³ Entscheidung der Großen Beschwerdekammer des EPA,
http://archive.epo.org/epo/pubs/oj009/05_09/05_3069.pdf

Die Entscheidung des EuGH

Der EuGH führte am 12.01.2011 eine öffentliche Anhörung über die vom BGH vorgelegten Fragen durch. Zu den Fragen hatten sich Greenpeace, der Patentinhaber, die Europäische Kommission sowie die Regierungen von England, Portugal und Schweden geäußert.

Der Patentinhaber erhob in seinem Schriftsatz radikale Forderungen: Er sprach sich dafür aus, menschliche Embryonen bis zum 14. Lebenstag zur kommerziellen Nutzung frei zu geben. Diese Forderung würde nach Auffassung von Greenpeace zur Entstehung einer regelrechten Embryonen-Industrie führen.

Am 18.10. 2011 entschied der EuGH, dass der Schutz menschlicher Embryonen vor einer kommerziellen Verwertung strikt ausgelegt werden muss. Entsprechende Patente könnten nicht erteilt werden, wenn für die Herstellung der Stammzellen menschliche Embryonen zerstört worden seien.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) schloss sich damit im Wesentlichen der Argumentation von Greenpeace an. Zum ersten Mal wird für die EU im Detail festgelegt, wie menschliche Embryonen vor einer kommerziellen Verwertung durch Patente geschützt werden sollen.

Der Entscheidung des EuGH wurde nicht von allen Seiten applaudiert. Insbesondere in Schweden und England waren Patente auf menschliche embryonale Stammzellen bisher zulässig – jetzt befürchtet man, dass dort weitere Patente widerrufen werden. Von verschiedenen Medien in England, Schweden und Deutschland wurde Greenpeace und insbesondere dem EuGH unterstellt, die Forschung verhindern zu wollen. Dabei kann ein Verbot der Patentierung kein Verbot der Forschung bewirken. Das Verbot der Patentierung der kommerziellen Nutzung menschlicher Embryonen ist von seiner Wirkung und Intention eher dem Verbot des Organhandels vergleichbar: Zwar ist Organtransplantation erlaubt, doch der Handel mit menschlichen Organen ist international

verboten, um einer Kommerzialisierung des menschlichen Körpers vorzubeugen.

Ob das Patent von Oliver Brüstle tatsächlich widerrufen wird, muss der BGH jetzt noch entscheiden – erst dann ist dieser Präzedenzfall wirklich abgeschlossen.

Greenpeace fordert:

- Das „Brüstle-Patent“ muss widerrufen werden, soweit es eine wirtschaftliche Nutzung menschlicher Embryonen einschließt oder voraussetzt.
- Die Europäischen Patentgesetze müssen so geändert werden, dass Gene, Pflanzen, Tiere, Menschen und Teile des menschlichen Körpers nicht patentiert werden können und Lücken beim Verbot der Patentierung menschlicher Embryonen geschlossen werden.